

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex: 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Verlags- und Herstellungsort Wien. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 27. Juni 1989

Blatt 1374

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Edlinger: Üble Unterstellungen von ÖVP-Gemeinderat Wöber (1375/FS: 26.6.)
- LKW-Nachfahrverbot dient Hebung der Lebensqualität (1376/FS: 26.6.)
- Zilk: Grundlagen für Reform des österreichischen Gesundheitswesens (1377/1378/FS: 26.6.)
- Expertenkommission stand Rede und Antwort (1379/FS: 26.6.)
- Expertenkommission: Keine Anrufe mehr möglich (1380/FS: 26.6.)
- Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs (1382)
- Steno und Maschinschreiben sind „in“ (1383)
- Ein Plakat gegen Krebs (1384)
- Ab 1. Juli: Stadt Wien übernimmt Überwachung der Kurzparkzonen (1385)
- Halbzeit beim Wiener Straßen- und Brückenbau (1387-1390)
- Hirnschall: Kann mir Stacher als Motor der Reform nicht vorstellen (1391)
- ÖVP bringt Mißtrauensantrag gegen Stadtrat Stacher ein (1392)
- Zwei kleine Japaner bei Verkehrsunfall verletzt (nur FS)

Kultur:

- 600.000 Schilling für Verband wissenschaftlicher Gesellschaften (1381)

Edlinger: Üble Unterstellungen von ÖVP-Gemeinderat Wöber

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Wenn ÖVP-Gemeinderat Wöber von abgesprochenen Ergebnissen und widerrechtlichen Vorgängen bei der Vergabe der Baudurchführung von vier Gemeindeneubauten an die GESIBA spricht, so sind das üble Unterstellungen“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. „Außerdem müßte Herr Gemeinderat Wöber erst einmal erklären, weshalb die ÖVP in der Gemeinderatssitzung am 29. Mai der Auftragsvergabe an die GESIBA beim größten der vier Projekte in der Rauchfangkehrergasse 15-27 mit 82 Wohnungen zugestimmt hat, wenn es dabei angeblich nicht mit rechten Dingen zugegangen sei“, ergänzte Edlinger. „Und überdies dürfte es Herrn Gemeinderat Wöber entgangen sein, daß die GESIBA keine Magistratsabteilung, sondern ein völlig eigenständig wirtschaftender Betrieb ist, dem für Leistungen wie etwa Bauverwaltung und Baubetreuung Kosten entstehen, die nach den üblichen und rechtlich fixierten Sätzen abgegolten werden müssen“, sagte Edlinger. Zu einer Verbilligung für die künftigen Mieter der vier Wohnhäuser werde es dadurch kommen, daß die Häuser mit Hilfe der neuen Wiener Wohnbauförderung gebaut werden. Daß man mit diesen vier Projekten zugewartet habe, bis diese neue Förderung in Kraft ist, sei nicht zulasten der gesamten Neubaulistung in Wien gegangen. Dafür seien eben andere Projekte in preisgünstigeren Lagen vorgezogen worden, schloß Edlinger. (Schluß) ah/gg

Bereits am 26. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

LKW-Nachtfahrverbot dient Hebung der Lebensqualität

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit der heutigen Ablehnung eines Nachtfahrverbotes auf Wiens „Transitrouten“ durch den Präsidenten der Wiener Handelskammer stellte Verkehrsstadtrat Johann HATZL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß dies als Maßnahme zur Hebung der Lebensqualität in der Stadt notwendig wurde, vor allem für die entlang der Autobahnen wohnenden Mitbürger.

Wenn für die in Westösterreich lebende Bevölkerung der Lärm und die Abgase, die durch den LKW-Verkehr in der Nacht verursacht werden, unzumutbar geworden sind, so gilt dies in noch größerem Maße für die Bewohner Wiens und der betroffenen Ostregion.

Es gibt bereits lärmarme LKW's, die Industrie ist auch in der Lage zu liefern; daneben sind LKW's jüngerer Bauart nachrüstbar. Die Mehrkosten für einen lärmarmen LKW belaufen sich auf 30.000 bis 50.000 Schilling, Bundesminister Schüssel hat eine entsprechende Förderungsaktion zugesichert.

Die Handelskammer sollte vielmehr mithelfen, daß diese Umstellungen raschest erfolgen und nicht mit fadenscheinigen Argumenten zielführende Vorschläge unterlaufen. Entscheidend sei, daß die betroffene Bevölkerung von Lärm und Abgasen entlastet werde, schloß Hatzl. (Schluß) pz/rr

Bereits am 26. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Zilk: Grundlagen für Reform des österreichischen Gesundheitswesens

Bereits am 26. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Der Bericht der Internationalen Expertenkommission wurde Montag vormittag durch die Mitglieder der Kommission, durch Vertreter des Stadtsenats und des Wiener Gemeinderates einem ausführlichen Hearing unterzogen. In weiterer Folge wird eine offene Kommission unabhängiger Experten Vorschläge zu einer grundlegenden Reform des österreichischen und des Wiener Gesundheitswesens ausarbeiten.

Grundlage einer solchen Reform könnten nach Meinung von Bürgermeister Zilk und Vizebürgermeister Mayr folgende Punkte sein:

1. Die Reform kann sich **nicht allein auf das Krankenhaus beschränken**, sie muß alle Stufen des medizinischen Aufbaues umfassen — die mobilen Schwestern ebenso wie die praktischen Ärzte, die Fachärzte wie die Ambulanzen und natürlich auch die Spitäler.

2. Die Reform kann **nicht im Alleingang von einer Institution bewältigt werden** — gefordert sind vor allem der Bund, die Länder, die Sozial- und die Privatversicherungen sowie die Interessensvertretungen, die sich alle an einen Tisch setzen müssen mit dem Ziel, eine österreichweite Lösung zu finden, die zugleich menschlich und wirtschaftlich ist: Die Österreicherinnen und Österreicher haben ein Anrecht auf eine gute medizinische Versorgung, egal, wo sie wohnen.

3. Die Reform müßte berücksichtigen, daß in der Medizin zwar nicht auf Medikamente und auf Apparaturen verzichtet werden kann, daß die **Medizin jedoch nicht im Stil einer Reparaturwerkstätte** ausgeübt werden darf — das Gespräch mit dem Menschen, die Einbeziehung seiner Lebensumstände sollten ein ganz wesentlicher Bestandteil des Heilens sein.

Es werden folgende konkrete Maßnahmen zu den drei obigen Maßnahmen vorgeschlagen, die im wesentlichen bereits in **dem 1985** erschienenen Buch von Mayr/Seitlinger „Patient Krankenhaus?“ enthalten waren.

Zu Punkt 1: Ziel einer menschlichen und wirtschaftlicher Lösung sollte es sein, **möglichst flächendeckend in Österreich eine gute medizinische Basisversorgung aufzubauen und darüber hinaus die Spitzenversorgung regional günstig zu situieren**. In regional und dezentral organisierten Einheiten der medizinischen Versorgung sollte ein möglichst kooperatives Verhältnis zwischen den drei Stufen in der medizinischen Versorgung angestrebt werden. Diese drei Stufen sind

- Stufe eins, die praktischen Ärzte, die mobilen Schwestern und die Hauskrankenpflege,
- Stufe zwei, die Fachärzte und die Ambulanzen,
- Stufe drei, die Spitäler.

Der Austausch der Diagnosen über Datenbanken sollte zwischen den einzelnen Stufen ebenso selbstverständlich sein wie ein Rund-um-die-Uhr-Dienst der praktischen Ärzte (nach dem Beispiel der Apotheken).

Zu Punkt 2: Um das regional und dezentral organisierte Gesundheitswesen in Österreich finanzieren zu können, muß auch eine Reform der Finanzierung des Gesundheitswesens Platz greifen. Diese Reform sollte folgende fünf Schritte umfassen:

- Die Financiers müssen die Gesundheitskosten eines Jahres X
- als „**Stunde-Null-Lösung**“ anerkennen. Sie müssen vereinbaren, für einen bestimmten Zeitraum (drei oder fünf Jahre) ihren prozentuellen Anteil an den Gesundheitskosten im Jahre X zu leisten.

Die Financiers müßten ab dem Jahre X versuchen, die Kostenentwicklung in den Griff zu bekommen, und zwar über ein **Kostenvorgabesystem**.

Forts. auf Blatt 1378

- Jeder der im KRAZAF vertretenen Partner muß das Recht haben, für jedes Spital in Österreich ein **Wirtschaftlichkeitsprüfungsverfahren** zu verlangen.
- Es ist ein **Anreizsystem** auszuarbeiten. Einsparungen sollen in den jeweiligen Institutionen verbleiben und nicht zur Gänze abgeführt werden. So sollte eine Verwendung eventuell ersparter Gelder z. B. im Rahmen einer demokratischen Entscheidung in den Spitälern und Abteilungen möglich sein.
- Die Spitäler sind durch die **strikte Einhaltung des Stufenaufbaues** in der medizinischen Versorgung zu entlasten. Erst wenn die Möglichkeiten der Stufe eins nicht mehr ausreichen, sollte Stufe zwei in Anspruch genommen werden usw.. Je höher man im Stufenaufbau kommt, desto weniger breitgestreut wird das Angebot sein: Für die medizinische Spitzenversorgung in Österreich reichen ein paar Zentren, es erscheint nicht sinnvoll, in jedem Bundesland ein gleichwertiges Zentrum zu errichten.

Zu Punkt 3: Im gegenwärtigen System kommt die Hinwendung zum Menschen, das Gespräch, die Einbeziehung seiner Lebensumstände eindeutig zu kurz. Das beginnt bereits in den ärztlichen Praxen, wo eine Tendenz zum Durchschleusen der Patienten und zum bloßen Verschreiben von Rezepten feststellbar ist. Eine Reform müßte organisatorische und finanzielle Modelle ausarbeiten, die eine **humanere Medizin** und ein **humaneres Gesundheitssystem** zulassen. (Schluß) sei

Bereits am 26. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet
Forts. von Blatt 1377

Expertenkommission stand Rede und Antwort

Bereits am 26. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Univ.-Prof. DDr. Karl FELLINGER stellte sich die Expertenkommission Lainz am Montag nachmittag den Fragen der Journalisten. Einleitend dankte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK den Mitgliedern der Kommission. „Wenn diese Kommission etwas bewirkt“, so Zilk, „dann eine umfassende Reform des gesamten Gesundheitswesens.“

Univ.-Prof. DDr. Fellinginger betonte zunächst, daß es die Aufgabe und der Auftrag der Kommission gewesen sei, Schwachstellen aufzuzeigen und Korrekturen vorzuschlagen. Sie habe dies in dem Bewußtsein getan, daß es in Wien insgesamt eine ausgezeichnete medizinische Versorgung auf internationalem Standard gebe. Positives, wie etwa die Psychiatriereform, komme in diesem Bericht naturgemäß nicht vor.

Im einzelnen nahmen die Kommissionsmitglieder unter anderem zu folgenden Punkten Stellung:

- **Ärztendienstzeiten:** Das Krankenhaus brauche vormittags und nachmittags eine volle ärztliche Besetzung. Es sei klar, daß die Verwirklichung dieser Forderung zu einer Stellenvermehrung führen müsse.
- **Holding:** Die Kommission spricht sich für ein modernes Spitalsmanagement — das Krankenhaus als Dienstleistungsbetrieb — aus. Die Führung sollte nicht kameralistisch, sondern nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten in gemeinwirtschaftlicher (nicht privatwirtschaftlicher) Form erfolgen. Die Entscheidungen sollen auf jene Ebene verlegt werden, wo sie sich tatsächlich auswirken (also in das jeweilige Krankenhaus). Die künftige Führung des neuen AKH als eigene Magistratsabteilung 16 sei ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommission schlägt aber grundsätzlich eine noch stärkere Unabhängigkeit der Spitäler vor.
- **Umfassendes Gesundheitssystem:** Das Krankenhaus soll im Rahmen eines umfassenden Gesundheitssystems eine neue Funktion bekommen und seine Monopolstellung verlieren. Das Gesundheitssystem beginne bei der Gesundheitsberatung; die gesamte Infrastruktur müsse erweitert werden, um die Spitäler zu entlasten.
- **Spezifische Wien-Kritik:** Auf die Frage an die ausländischen Kommissionsmitglieder, welche Mängel spezifisch in Wien aufgefallen seien, wurde auf folgende Punkte verwiesen: Volle ärztliche Anwesenheit nur am Vormittag, „Radldienst“ des Pflegepersonals, Gangbetten, geringer Gehaltsunterschied zwischen diplomiertem Personal und Stationsgehilfinnen, nachrangige politische Priorität des Gesundheitswesens.
- **Krankenpflegeausbildung:** Die Ausbildung beginne in zu jungen Jahren, die Werbung für den Krankenpflagedienst müsse verbessert werden, die Möglichkeit zur universitären Weiterbildung wird verlangt.
- **Das Gesundheitswesen kostet Geld!** Die Kommission fordert vehement ein grundsätzliches Umdenken. Es müsse akzeptiert werden, daß ein funktionierendes Gesundheitswesen sehr viel Geld koste. Die in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit immer wieder erhobene Forderung, daß das Gesundheitswesen billiger werden müsse, sei problematisch.
- **Bezugsarzt:** Wichtig erscheint der Kommission ein „Bezugsarzt“ für die Patienten auf jeder Station. Der Kontakt der Ärzte zu den Patienten sei derzeit meist zu gering.
- **Gesetzesreform:** Die Kommission hält eine Rechtsbereinigung für den gesamten Gesundheitsbereich für dringend nötig. Es gebe derzeit zu viele Gesetze, die die Krankenhäuser betreffen, teils Bundesgesetze, teils Landesgesetze, darüberhinaus Dienstanweisungen und Verträge.
- **Schuldzuweisung:** Die Kommission sprach sich gegen eine personalisierte Schuldzuweisung aus. Damit würde man es sich, so der deutsche Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg WOLTERS wörtlich, „gar zu einfach“ machen. Es gehe um ein gesamtgesellschaftliches Klima und um die Setzung neuer Prioritäten.

(Schluß) ger/fk/gg

Expertenkommission: Keine Anrufe mehr möglich

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Die internationale Expertenkommission Lainz hat ihre Arbeit abgeschlossen. Jene Telefonnummer (485959), unter der man die Kommission hatte erreichen können, ist ab sofort nicht mehr besetzt. (Schluß) ger/bs

Bereits am 26. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

600.000 Schilling für Verband wissenschaftlicher Gesellschaften

Wien, 27.6. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur bewilligte in seiner letzten Sitzung eine Subvention von 600.000 Schilling für den Verband wissenschaftlicher Gesellschaften.

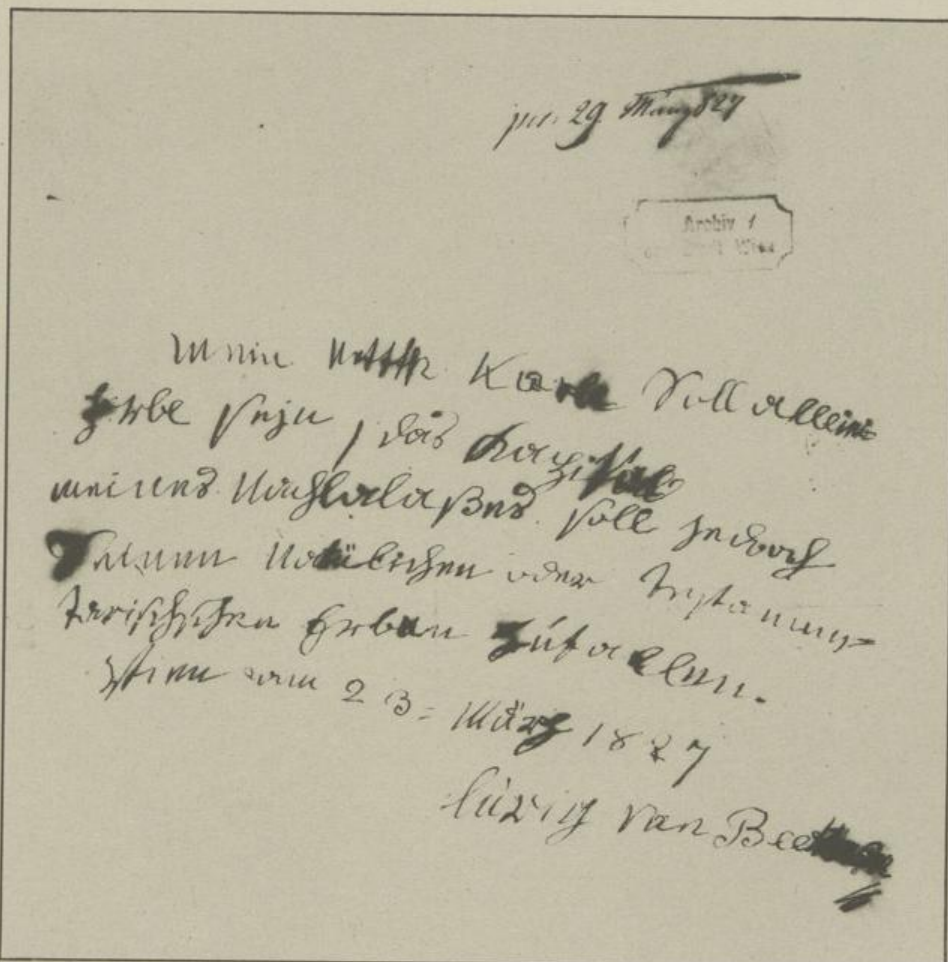
Die Mittel werden für Drucksubventionen wissenschaftlicher Werke und die Förderung der Aktion „Ausländische Gelehrte in Wien“ sowie zur Subventionierung einer Reihe an den Verband angeschlossener Vereine, wie des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, der Internationalen Stiftung Mozarteum, der „Wiener Gesellschaft für Theaterforschung“ und des Vereins für Volkskunde aufgewendet. (Schluß) gab/bs

Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs

Ludwig van Beethoven - letztes Testament (23. März 1827)

Wien, 27.6. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv präsentiert anlässlich des Jubiläums aus Anlaß seines 100jährigen Bestehens als eigene Abteilung seine kostbarsten Urkunden, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. In einer eigenen Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidhalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) ist alle 14 Tage ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen.

Von 28. Juni bis 11. Juli wird das letzte Testament von Ludwig van Beethoven (23. März 1827) gezeigt, das unter den zahlreichen Dokumenten historischer Persönlichkeiten wohl eines der wertvollsten Archiv-Stücke ist. Beethoven hat dieses Testament drei Tage vor seinem Tod verfaßt. In einer schwerfälligen und fehlerhaften Schrift, die den fortgeschrittenen geistigen und körperlichen Verfall ahnen läßt, verfügte der Meister: „Mein Neffffe Karl soll alleini(ger) Erbe sejn, das Kapital meines Nachlalaßes soll jedoch Seinen natü(r)lichen oder testamentarischschen Erben zufallen.“ (Schluß) am/rr



Beethovens letztes Testament

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

Steno und Maschinschreiben sind „In“

Tagung des Österreichischen Stenografenverbandes

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Der Österreichische Stenografenverband lud am vergangenen Wochenende Lehrer der Textverarbeitung (Kurzschrift, Maschinschreiben und Büroorganisation) aus allen Schulkategorien zu einer gesamtösterreichischen Tagung in den großen Saal der Verwaltungsakademie der Stadt Wien ein. In Fachvorträgen und ausführlichen Diskussionen über methodische Probleme der Gestaltung von neuen Lehrplänen kamen sowohl Pädagogen als auch Vertreter der Wirtschaft und Verwaltung zu Wort. Es wurde berichtet, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Büroorganisation als eigener Gegenstand mit einer hohen Stundenanzahl unterrichtet wird, während in Österreich dieses wichtige Gebiet, auf mehrere Fächer aufgeteilt wird.

In einer Resolution wurde das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport ersucht, den Informatikunterricht an den Pflichtschulen und an den allgemeinbildenden höheren Schulen einzuführen. Nur so kann sichergestellt werden, daß die Vorteile der Technik optimal verwertet werden können und sich die hohen Investitionskosten bezahlt machen.

Da mit der Kurzschrift in ihrer Form als Notiz- und Konzeptschrift ohne technischen Aufwand viermal schneller als mit der Langschrift geschrieben werden kann, stellt sie eines der billigsten Rationalisierungsmittel dar. Stellenanzeigen in Zeitungen beweisen, daß Stenografiekenntnisse gefragt sind und dieses Rüstzeug der Jugend durch die Schule vermittelt werden sollte, wurde bei der Tagung festgestellt.

Eine Exkursion zum stenografischen Dienst des Parlaments zeigte den Tagungsteilnehmern, wie Kurzschrift und automatische Textverarbeitung in höchster Perfektion aufeinander abgestimmt sinnvoll angewendet werden. (Schluß) red/gg

Ein Plakat gegen den Krebs

Nun Informationen über Krebsbehandlung und -nachsorge

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des „Krebsjahres 1989“ stellten Montag abend die Österreichische Krebshilfe, der Fonds „Gesundes Österreich“ und die Marketinggemeinschaft DAS PLAKAT „Das Plakat gegen den Krebs“ vor. Es wird im Sommer österreichweit gratis auf Plakatflächen angeschlagen und soll das Gesundheitsbewußtsein der Österreicher aktivieren. Das Motto der Aktion heißt: „Dem Krebs keine Chance!“

Der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, der die Tätigkeiten des Fonds „Gesundes Österreich“ im Krebsjahr koordiniert, dankte der Marketinggemeinschaft DAS PLAKAT für die großzügige Unterstützung der Krebsaktion. Stacher wies darauf hin, daß nun die Halbzeit in der Aufklärungskampagne über Krebskrankheiten gekommen ist. Das erste Halbjahr war der Vorsorge und der Früherkennung gewidmet, im zweiten Halbjahr bilden die Krebsbehandlung und die Krebsnachsorge die Schwerpunkte der Aktionen.

Univ.-Prof. Dr. Heinz LUDWIG von der Österreichischen Krebshilfe nannte als Ziel der Aufklärungskampagne, die Zahl der Todesopfer durch Krebs bis zum Jahr 2000 um 15 Prozent zu vermindern. Denn Krebs muß heute keine tödliche Krankheit mehr sein. Mit Hilfe der modernen, nach wissenschaftlichen Erkenntnissen entwickelten Behandlungsmethoden können fast 50 Prozent aller an Krebs erkrankten Personen geheilt werden. In Österreich erkranken jährlich rund 28.000 Menschen an Krebs. Durch einen entsprechenden Lebensstil und durch Früherkennungsmaßnahmen könnte aber zumindest ein Drittel aller Krebserkrankungen vermieden werden. Krebsverhütung ist vor allem der Kampf gegen das Rauchen. Darüber hinaus sollten gesündere Ernährung, vernünftiger Umgang mit der Sonne und systematische Vorsorgeuntersuchungen zu einer besseren Krebsverhütung führen.

Kommerzialrat Direktor Erik HANKE erklärte für die Marketinggemeinschaft DAS PLAKAT, daß jedes Jahr im Sommer eine Aktion durchgeführt werde, die der Allgemeinheit diene und ein humanes Anliegen vertrete. 1986 habe man den Österreichern einen schönen Urlaub gewünscht, 1987 habe man Plakatflächen der Aktion „Licht ins Dunkel“ zur Verfügung gestellt und 1988 war das Thema „Aids“. 1989 heiße es nun: „Dem Krebs keine Chance!“ In Sachen Krebs sei zwar schon viel Informationsarbeit geleistet worden, oft werde jedoch nur der Verstand angesprochen. Beim Thema „Vorbeugen“ bestimme allerdings nur selten der Kopf, die Entscheidung werde letztendlich „im Bauch“, also gefühlsmäßig getroffen. Genau dorthin zielen auch das Sommerplakat 1989. (Schluß) sc/bs

Ab 1. Jull: Stadt Wien Übernimmt Überwachung der Kurzparkzonen

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Ab kommenden Samstag, den 1. Juli, wird die Überwachung der rund 900 Wiener Kurzparkzonen nicht mehr von der Polizei, sondern von Bediensteten des Wiener Magistrats durchgeführt. Dies teilte Vizebürgermeister Hans MAYR am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit. Das wesentlichste Unterscheidungsmerkmal: Es gibt keine Uniform mehr, die Organe der Stadt Wien sind in Zivil tätig, sie sind bloß an einem Dienstabzeichen erkennbar.



Foto: PID/Lugmair

Die Überwachung der Kurzparkzonen fällt nun in die Zuständigkeit der Magistratsabteilung 4, Referat 2, der Revisionsstelle. Die dort rund 100 eingesetzten Beamtinnen und Beamten hatten schon bisher die Aufgabe, die Einhaltung der Wiener Abgaben zu überprüfen. Es handelt sich dabei um gut geschulte und in einem breiten Bereich eingesetzte Steuerbeamte, die auch in Zukunft neben der Überwachung der Parkometerabgabe in allen

anderen Bereichen der Wiener Steuergesetzgebung tätig sein werden.

Rund 25 der 100 Steuerprüfer werden über den Sommer und in der Anfangsphase ausschließlich mit der Überwachung der Kurzparkzonen beschäftigt sein, die restlichen 75 werden einmal in der Woche eingesetzt. Es ist auch dafür gesorgt, daß dort, wo es entsprechende Regelungen gibt, Samstag und Sonntag kontrolliert wird. Weiter wird es Schwerpunktaktionen geben, bei denen alle 100 Revisionsbeamtinnen und -beamten eingesetzt werden.

Die Einnahmen aus der Wiener Parkometerabgabe betragen in den letzten Jahren rund 50 Millionen Schilling im Jahr. Es wurden im Jahr rund 120.000 Organmandate ausgestellt, die Einnahmen daraus betragen rund 24 Millionen Schilling. (Schluß) sei/bs

Forts. von Blatt 1385

Halbzeit beim Wiener Straßen- und Brückenbau

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters nahm Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL die Wende vom ersten zum zweiten Halbjahr 1989 zum Anlaß, einen Überblick über jene Vorhaben auf dem Gebiet des Wiener Straßen- und Brückenbaues zu geben, die in der ersten Jahreshälfte — zum Teil vorzeitig — fertiggestellt wurden, sowie über jene Projekte, die nunmehr in den nächsten zwei Monaten in Angriff genommen werden. Insgesamt stünden im laufenden Jahr 1,2 Milliarden Schilling für Bau- und Erhaltungsmaßnahmen im Wiener Straßennetz zur Verfügung, sagte Hatzl in diesem Zusammenhang.

STRASSENBAU/FERTIGGESTELLT

Bundesstraßen A

- **A 2/Südautobahn - Auffahrt aus der Triester Straße bis Einmündung der A 23**

Generalsanierung der bituminösen Fahrbahndecke und Sanierung einer Brückendilatation

Bauende: 16. Juni 1989 (zwei Wochen vorzeitig)

Baukosten: 7,5 Millionen Schilling

- **A 22/Donauufer Autobahn - Bauabschnitt Süd**

Neuausbau von Bereich Donaupark bis Kaisermühlen-Kleehäufel (Streckenlänge rund 4,5 Kilometer) mit Anschluß an die A 23/Südost-Tangente und Errichtung der Autobahnmeisterei Kaisermühlen. Im Zuge der Arbeiten wurden der rund einen Kilometer lange Lärmschutz-tunnel Kaisermühlen sowie die Gestaltung an der unteren Alten Donau hergestellt.

Bauende: 3. Mai 1989

Baukosten: 1.870 Millionen Schilling

Bundesstraßen B

- **B 225 - 10., 12., Wienerbergstraße von Breitenfurter Straße bis Triester Straße**

Der Umbau der Wienerbergstraße erfolgte im gesamten Bereich mit insgesamt vier Fahrspuren und den erforderlichen Abbiegespuren bei den Kreuzungen.

Bauende: 23. Mai 1989 (eine Woche vorzeitig)

Gesamtkosten: 144 Millionen Schilling

STRASSENBAU/BAUBEGINNE

Bundesstraßen A

- **A 23/Südost-Tangente - Lärmschutzwand Peter-Strasser-Hof**

Entlang der Abfahrtsrampe von der A 23 in Richtung Landstraßer Gürtel ist im Bereich der Wohnhausanlage Peter-Strasser-Hof die bestehende Lärmschutzwand auf einer Länge von 145 Metern um einen Meter beziehungsweise 1,5 Meter zu erhöhen und in Richtung Osten um rund 180 Meter mit einer Wandhöhe von zirka fünf Meter über das Gelände zu verlängern.

Kosten: 3,4 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: 10. Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: Ende August 1989

Bundesstraßen B

- **B 1 - 3., Vordere Zollamtsstraße/Landstraßer Hauptstraße**

Kreuzungssanierung nach dem U-Bahn-Bau

Straßenbaukosten: 1,7 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: August 1989

Forts. von Blatt 1387

• **B 3b - 22., Donaustadtstraße von Neuhaufenstraße bis Erzherzog-Karl-Straße**

Geplant ist, in den stark verdrückten Kreuzungsbereichen die Fahrbahnkonstruktion zu erneuern. Im übrigen Bereich soll nach dem Abfräsen des alten Belages ein neuer Asphaltbetonbelag aufgebracht werden.

Kosten: 14 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Anfang Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: August 1989

• **B 16 - 10., Kreuzung Himberger Straße/Leopoldsdorfer Straße**

Aus Gründen der Verkehrssicherheit soll die Kreuzung Himberger Straße — Leopoldsdorfer Straße mit einer Verkehrslichtsignalanlage versehen werden. Das bedingt den Zubau eines eigenen Abbiegestreifens in Fahrtrichtung Wien. Außerdem soll der gesamte Bereich mit einer neuen Fahrbahndecke versehen werden.

Kosten: 7,3 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Ende August/Anfang September 1989

Voraussichtliches Bauende: November 1989

• **B 223 - 14., Flötzersteig (Spiegelgrundstraße - Donhartgasse)**

Erneuerung der Straßenkonstruktion

In diesem Abschnitt besteht derzeit eine alte, unebene und daher „laute“ Kleinstendecke ohne entsprechenden frostfreien Unterbeton. Es ist daher ein kompletter Straßenumbau vorgesehen.

Kosten: 26,2 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: August 1989

Voraussichtliches Bauende: Juni 1990

• **B 223 - 14., 16., Flötzersteig (Maroltingergasse - Flötzersteigbrücke)**

Dieses Bauvorhaben umfaßt eine Belagserneuerung des Flötzersteiges, wobei zur Konstruktionsverstärkung auch der Einbau einer einlagigen bituminösen Tragschicht vorgesehen ist.

Kosten: 10,3 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Mitte Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: August 1989

Gemeindestraßen

• **1., Burgring, Opernring von Babenbergerstraße bis Burgtor**

Belagssanierung in der Hauptfahrbahn

Kosten: 3,45 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: August 1989

• **1., Burgring - Dr.-Karl-Renner-Ring von Burgtor bis Schmerlingplatz**

Straßenwiederherstellung beziehungsweise Belagssanierung nach U-Bahn-Bauarbeiten.

Straßenbaukosten: 2,4 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: August 1989

• **10., Davidgasse (Triester Straße - Gußriegelstraße)**

Im Abschnitt von Triester Straße bis Knöllgasse erfolgt ein Ausbau im Bestand, die Davidgasse wird mit drei Fahrspuren ausgestattet. Im restlichen Bereich erhält die Davidgasse zwei Fahrspuren.

Kosten: 22,8 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: zweite Julihälfte 1989

Voraussichtliches Bauende: Dezember 1989

• **11., Simmeringer Hauptstraße/Litfaßstraße**

Zur Vermeidung des Durchzugsverkehrs im Wohngebiet Rinnböckstraße erfolgt ein Ausbau des Kreuzungsbereiches, der auch ein Linksabbiegen aus der Litfaßstraße in die Simmeringer Hauptstraße Richtung stadtauswärts ermöglicht.

Kosten: 2,15 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: August 1989

Forts. auf Blatt 1389

• **12., Wundtgasse von Emil-Behring-Weg bis Jägerhausgasse**

Die Wundtgasse weist derzeit nur eine provisorische Bitumenkies-Tragschicht auf, die dem Verkehr nicht mehr standhält. Aus diesem Grund wird nun eine Deckschicht (Belag) aus Asphaltbeton aufgebracht, womit die Straßenkonstruktion wieder einige Jahre dem Verkehr standhält.

Kosten: 3,1 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: August 1989

Voraussichtliches Bauende: September 1989

Forts. von Blatt 1388

BRÜCKENBAU/FERTIGGESTELLT

Brückenobjekte im Zuge von Bundesstraße A und B

• **12., Brücke über die Pottendorfer Linie und die Badner Bahn**

Abbruch und Neubau im Zuge des Ausbaues der Wienerbergstraße (Bundesstraße B 225) Länge 34 Meter, Breite 22,5 Meter in Stahlbetonausführung.

Bauende: Durch Beschleunigungsmaßnahmen mit Mehrkosten von zwei Millionen Schilling konnte die Verkehrsebene vorzeitig im Mai 1989 fertiggestellt werden (geplant war August 1989).

Kosten: 29 Millionen Schilling

• **10., Gründurchzug Triester Straße**

Zur Verbindung der Grünräume beiderseits der Triester Straße wurde im Zuge des Umbaus der Triester Straße ein sogenannter Gründurchzug ausgeführt, in dem für Fußgänger und Radfahrer die Querung möglich wurde.

Bauende: 30. April 1989

Kosten: 23 Millionen Schilling

• **A 22/Donauufer Autobahn**

Bereich Reichsbrücke bis Knoten Kaisermühlen mit dem Lärmschutztunnel Kaisermühlen der Anschlussstelle Kaisermühlen sowie dem Baulos Alte Donau; Durchführung im Auftrag der Wiener Bundesstraßen AG. Dieses Bauwerk wurde am 3. Mai 1989 dem Verkehr übergeben.

BRÜCKENBAU/BAUBEGINNE

Brückenobjekte im Zuge von Bundesstraßen A und B

• **A 23/Südost-Tangente - Verlängerung**

Diese Verlängerung nach Stadlau — Hirschstetten (B 302 bis zur B 8) wird im Auftrag der Wiener Bundesstraßen AG durchgeführt. Anfang August 1989 soll mit den Bauarbeiten bei der Tieflage 1 vor der Erzherzog-Karl-Straße und Tieflage 2 nach der Erzherzog-Karl-Straße begonnen werden.

Die Kosten des Vorhabens, das bis 1994 laufen wird, werden zwischen 1,5 und zwei Milliarden Schilling liegen.

• **A 23/Südost-Tangente Wien -**

Abschnitt Knoten Landstraße bis Knoten Kaisermühlen

Auf der A 23 werden zwischen Knoten Landstraße und Knoten Kaisermühlen in den nächsten Jahren insgesamt vier verschiedene Baumaßnahmen notwendig sein:

- Verbreiterung der Hauptfahrbahnen im Knoten Landstraße und Herstellung einer neuen Rampe und Mittelstreifenverlegungen bis in den Knoten Prater

- Belagssanierung im Knoten Landstraße

- Generalinstandsetzung der Prater Hochstraße

- Belagserneuerung auf der Praterbrücke

Maßnahmen im Jahr 1989:

Voraussichtlich ab August 1989 beginnen die Arbeiten für die Trag-

Forts. auf Blatt 1390

werksverbreiterungen vorerst UNTER der Brücke, sowie der Neubau einer Auffahrtsrampe vom Gürtel zur Anschlußstelle St. Marx. Damit sind keine Verkehrsbehinderungen verbunden.

- **19., Knoten Nußdorf**

Hier muß bei sämtlichen Rampen und Verbindungstragwerken der Beton der Rand- und Mittelstreifen instandgesetzt werden. Die Arbeiten haben gestern begonnen und werden bis Dezember 1989 laufen. In den jeweiligen Arbeitsbereichen muß eine Fahrspur auf maximal 100 Meter Länge gesperrt werden.

Kosten: 7,5 Millionen Schilling

- **20., 21., Floridsdorfer Brücke**

Es sind eine Neuherstellung der Verschleißschichte der Fahrbahnen sowie auf den Kreuzungsplateaus auch des Belagsunterbaues erforderlich. Die Arbeiten werden im Juli 1989 beginnen und im August, also noch vor Schulbeginn, beendet werden. Als Verkehrsmaßnahmen sind eine halbseitige Sperre der Brücke auf zirka vier bis fünf Wochen Dauer (Gegenverkehrsregelung) sowie die Sperre einzelner Abbiegerelationen erforderlich.

Kosten: 13,5 Millionen Schilling

Brückenobjekte im Zuge von Gemeindestraßen

- **14., Augustinerwaldbrücke über den Mauerbach**

Die bestehende Brücke, die den einzigen Zugang zur Augustinerwaldsiedlung bildet, wird verstärkt beziehungsweise mit einer neuen Tragwerkskonstruktion versehen. Die bereits angelaufenen Bauarbeiten werden Ende Oktober 1989 abgeschlossen.

Kosten: 2,1 Millionen Schilling

- **1., Stubenbrücke**

Bei der Stubenbrücke im Zuge der Weiskirchnerstraße/Landstraßer Hauptstraße über den Wienfluß erfolgt eine Reihe von Maßnahmen wie die Erneuerung des Korrosionsschutzes, die Verkleidung der Tragwerksunterschicht (Vogelschutz), die Instandsetzung der Widerlagerbereiche.

Baubeginn: Juli/August 1989

Bauzeit voraussichtlich bis Ende 1990

Kosten: 16,4 Millionen Schilling

- **2., Personentunnel Praterstern**

An der Querung des Verteilerringes zur Ausstellungsstraße wird die Generalinstandsetzung der beiden Stiegenanlagen vorgenommen. Es werden Verkehrsmaßnahmen erforderlich sein: der Tunnel ist wegen der Bauarbeiten komplett gesperrt, die Fußgänger werden über den bereits vorhandenen, mittels Ampel und Zebrastreifen gesicherten Fahrbahnübergang umgeleitet.

Baubeginn: 3. Juli 1989

Bauende voraussichtlich Anfang Oktober 1989

Kosten: 1,8 Millionen Schilling

- **12., Lobkowitzbrücke/Bereich Busbahnhof**

Die Arbeiten umfassen die Abdichtung von Tragwerksfugen und die Instandsetzung von drei Hauptträgern. Außer der fallweisen Einengung einer Linksabbiegespur um maximal einen Meter und kurzfristigen geringfügigen Haltestellenverlegungen im Bereich des Busbahnhofs wird es keine größeren Verkehrsbehinderungen geben.

Baubeginn: 10. Juli 1989

Bauende voraussichtlich August 1989

Kosten: fünf Millionen Schilling

(Schluß) pz/rr/bs

Forts. von Blatt 1389

Hirnschall: Kann mir Stacher als Motor der Reform nicht vorstellen

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) FPÖ-Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL befaßte sich am Dienstag in einem Pressegespräch mit dem Ergebnis der Expertenkommission Lainz. Der Bericht zeige die zahlreichen sachfremden Einflüsse der Gewerkschaft im Gesundheitswesen deutlich auf, sagte Hirnschall. Die kollegiale Führung habe versagt. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß Stadtrat Stacher, der durch 16 Jahre für das Gesundheitswesen verantwortlich war, jetzt Motor und Träger der Reform sein kann“, meinte Hirnschall. Stachers Rücktritt sei seiner Ansicht nach eine unausweichliche Folge.

Erlös aus Verkauf der Flughafenanteile für Altenversorgung

Als Sofortmaßnahme kann sich Hirnschall den Verkauf der 25 Prozentanteile der Stadt Wien an der Flughafenbetriebsgesellschaft vorstellen. Der Erlös von rund einer Milliarde Schilling könne zur Sonderfinanzierung im Bereich der Altenpflege verwendet werden. Das Gesundheitswesen müsse in nächster Zeit absolute Priorität erhalten; in diesem Sinne meinte Hirnschall, könne er sich nicht vorstellen, daß Steuergelder zur Finanzierung der EXPO 95 eingesetzt werden könnten. Die EXPO müsse privat finanziert werden. (Schluß) fk/bs

ÖVP bringt Mißtrauensantrag gegen Stadtrat Stacher ein

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Volkspartei wird am Mittwoch im Gemeinderat einen Mißtrauensantrag gegen Gesundheitsstadtrat Stacher einbringen. Das kündigte ÖVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS am Dienstag in einem Pressegespräch an. Nach „16 Jahren Stacher“ habe die Expertenkommission Lainz nun die gravierenden Mißstände aufgezeigt, für die Stacher die Verantwortung trage.

Als Sofortmaßnahmen nach dem Bericht der Kommission spricht sich die ÖVP für eine Entlastung des Pflegepersonals, für die Abschaffung des „Radldienstes“ sowie für eine höhere Entlohnung des diplomierten Pflegepersonals aus.

LAbg. Dr. Erwin RASINGER betonte, die Gesundheitspolitik sei bisher offensichtlich von der Finanz beherrscht worden. Das Spital, so Rasinger, sei nur ein Teil der Gesundheitspolitik. Das Netz rund um das Spital müsse enger gemacht werden. Konkret müsse die Teamarbeit auf allen Ebenen forciert sowie die Aus- und Weiterbildung verstärkt werden. Rasinger tritt auch für eine Verlängerung der Kernarbeitszeit der Ärzte im Spital von bisher 13 Uhr auf 15 Uhr ein. (Schluß) fk/bs